

## Verzichten verboten?

Tribüne **Was darf der Staat?**  
Fokus **Besser leben mit weniger Energie**

# Die Qual der Wahl

Seit ich mich vegetarisch ernähre, habe ich es viel einfacher im Restaurant. Anstatt die ganze Karte hindersi und fürsü durchzuwälzen, habe ich die Wahl aus einer kleinen, aber meist feinen Anzahl Gerichte.



Anna Lydia Schneider  
Programm-Mitarbeiterin

## Liebe Leserinnen und Leser

Als Teil der Generation Y kenne ich das Gefühl der Überforderung bei einer Überzahl an Optionen. An welchen Event soll ich heute gehen? Welcher Kleidungsstil widerspiegelt meine Persönlichkeit? Wohin zieht es mich beruflich und was will ich eigentlich mit meinem Leben anfangen? Theoretisch stehen mir alle Möglichkeiten offen. In der Realität schliesst jeder Entscheid für etwas aber viele andere, vielleicht bessere Optionen aus. Das nennt man *the fear of missing out*.

Also drehe ich den Spieß einfach mal um und beginne bewusst, meine Optionen einzuschränken. Denn Verzicht ist das Gebot der Stunde. Der Bund hat mit Blick auf die Energiekrise eine Energiespar-Kampagne lanciert. Wir sollen etwas kürzertreten und unseren alltäglichen Energiekonsum hinterfragen. Was die Bundeskampagne ausblendet: Diese Ver-

haltensänderungen machen nicht nur diesen Winter, sondern auch weit darüber hinaus Sinn. Doch Verzicht ist gemeinhin negativ konnotiert und wird als inakzeptable Einschränkung sowie Freiheitsberaubung angesehen. Ist dem wirklich so? Bewusster konsumieren heisst doch auch bewusster leben. Meiner Angst, etwas zu verpassen, trete ich entgegen, indem ich bewusst verpasse. Aber damit eben auch bewusst erlebe! Es ist enorm befreiend, zu merken: Ich bin nicht unglücklicher, weil ich kein Lammrack mehr esse. Im Gegenteil – mein Kopf ist nicht mehr damit beschäftigt, mich ständig mit allen und allem zu vergleichen. Plötzlich habe ich Raum für die wirklich zentralen Fragen: Was ist mir wichtig im Leben?

Was ist Ihnen wichtig? Und worauf könnten Sie im Umkehrschluss verzichten? Um Verzicht und Verhaltensänderung geht es auch auf den folgenden Seiten. Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Lesen.

Impressum  
Energie & Umwelt  
Nr. 4 / 2022

Herausgeberin  
Schweizerische  
Energie-Stiftung SES  
Sihlquai 67,  
8005 Zürich,  
044 275 21 21,  
energiestiftung.ch

Spendenkonto  
80-3230-3,  
IBAN-Nr. CH69 0900  
0000 8000 3230 3

Produktionsleitung  
Valentin Schmidt

Redaktion  
Simon Banholzer **SB**  
Nils Epprecht **NE**  
Léonore Hälg **LH**  
Katja Jent **KJ**  
Fabian Lüscher **FL**  
Felix Nipkow **FN**  
Valentin Schmidt **VS**  
Anna L. Schneider **ALS**  
Verena Schneider **VES**

Korrektorat:  
comtexto AG, Zürich  
Gestaltung: dna.work  
Illustration Titelseite:  
fischerdesign.ch  
Druck: Ropress, Zürich  
(klimaneutral und mit  
Ökostrom gedruckt)  
Papier: Refutura Blauer  
Engel FSC-Recycling  
Auflage: 10021 Ex.,  
erscheint 4x jährlich

Abdruck mit Einholung  
einer Genehmigung und  
unter Quellenangabe  
und Zusendung eines  
Belegexemplars an die  
Redaktion erwünscht.  
E&U-Artikel von  
externen Autor:innen  
können und dürfen  
von der SES-Meinung  
abweichen.



**Wird die Energie-  
krise die Suffizienz  
längerfristig in  
unserem Bewusst-  
sein verankern?**

## Panorama



### Mit Fossilen durch den Winter

Laut einer Studie des Bundesrats ist die Stromversorgung für diesen Winter wahrscheinlich sichergestellt. Kontingentierungen oder zyklische Netzabschaltungen werden wohl nicht nötig sein. Dies vor allem dank voller Stauseen und Gasspeicher sowie der vom Bund eingerichteten Winterreserve aus Wasserkraft und dem fossilen Notkraftwerk in Birr. Der Einsatz fossiler Energieträger versinnbildlicht jedoch die Absurditäten im Energiesystem: Wir kämpfen mit dem Mittel gegen die Krise, das sie mitverursacht. Dabei gäbe es einfache und langfristige Massnahmen zur Stärkung der Versorgungssicherheit: Anreize für die Reduktion und die Flexibilisierung des Stromverbrauchs und natürlich den Ausbau der erneuerbaren Energieträger. **LH**

### Energiesuffizienz wird mehrheitsfähig

Ständerat Othmar Reichmuth fordert den Bundesrat auf, «kurz- bis mittelfristig umsetzbare Energiesparmassnahmen zur Reduktion des Öl-, Gas- und Stromverbrauchs zu prüfen und umzusetzen». Dabei sollen Massnahmen, «die eine Änderung von Gewohnheiten beabsichtigen», im Vordergrund stehen. Die SES sieht viele Möglichkeiten für solche Massnahmen, zum Beispiel steuerliche Anreize wie eine Ökologisierung des Pendlerabzugs, die Förderung von Homeoffice und Co-Working-Spaces sowie die Energiepreisgestaltung (progressive Tarife, Weiterentwicklung der individuellen Energiekostenabrechnungen). Wir setzen uns dafür ein, dass der Vorstoss im Parlament angenommen wird: Der Ständerat hat schon zugestimmt. Anfang Dezember wird der Nationalrat darüber beraten. Anschliessend ist der Bundesrat am Ball und bei der Umsetzung gefordert, rasch Anreize auch für längerfristig energiebewusstes Verhalten einzuführen. **FN**

## Ein verlogenes Referendum



Die Katerstimmung nach der Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes 2021 scheint verfliegen. Das Parlament hat sich zusammengerauft und einen griffigen Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative gezimmert. Dieser will wie die Initiative die Treibhausmissionen bis 2050 auf Netto-Null senken. Das Initiativkomitee hat daraufhin den bedingten Rückzug der Initiative beschlossen. Der Gegenvorschlag kann schneller und direkter wirken, da er konkrete Massnahmen wie Netto-Null-Fahrpläne für Unternehmen und ein Impulsprogramm für den Ersatz von fossilen Heizungen umfasst. Die SVP lehnt den Gegenvorschlag als einzige Partei ab und hat das Referendum angekündigt. Nach gewohntem Muster schürt die Partei Angst vor hohen Kosten, ohne den Nutzen dieser Investitionen zu erwähnen. Wir sind der Ansicht, dass sachliche Argumente mehr überzeugen. Die SES wird sich im Abstimmungskampf für diesen nächsten wichtigen Schritt in der Klimapolitik einsetzen. **FN**

## Genf will Jodtabletten



Der Genfer Kantonsrat fordert die Kantonsregierung zur präventiven Verteilung von Jodtabletten auf. Bei einem AKW-Unfall werden radioaktive Stoffe freigesetzt, die sich je nach Wetterlage über hunderte Kilometer verteilen. Mit der rechtzeitigen Einnahme von Jodtabletten kann die Aufnahme von radioaktivem Jod in der Schilddrüse verhindert werden. Allerdings werden Jodtabletten in der Schweiz nur in einem 50-km-Radius um AKW verteilt. Genf liegt damit ausserhalb der Verteilzone und ist entsprechend schlecht vorbereitet, sollte es im benachbarten, alten französischen AKW Bugey zu einem schweren Unfall kommen. Die SES unterstützt die Forderung des Genfer Parlaments, die Notfallvorsorge inklusive Jodtablettenabgabe in der Schweiz zu erweitern. **FL**

Bilder: Michael Küng, Ramon Lehmann/Verein Klimaschutz Schweiz, www.jodtabletten.ch

# Sinnvolle Ergänzung zu solaren Dächern und Fassaden

Können wir unsere Energieversorgungsprobleme mit gigantischen alpinen Solarprojekten schnell und ohne grossen Aufwand lösen? Es lohnt sich, genauer hinzuschauen.



**David Stickerberger**  
Geschäftsleiter von Swissolar

Alpine Photovoltaikanlagen werden zweifellos einen Beitrag zur zukünftigen Stromversorgung leisten, nicht zuletzt wegen der hohen Wintererträge dank Nebelfreiheit und Schneereflexion. Allerdings gibt es weltweit erst wenige hochalpine Freiflächenanlagen, entsprechend sind deren Kosten schwierig abzuschätzen. Fehlende Erschliessung mit Strassen und Stromleitungen und andere Hindernisse dürften zudem zu zeitlichen Verzögerungen führen.

Technisch einfacher sind Agri-Photovoltaikanlagen. Seit Juli 2022 können sie bewilligt werden, sofern sie «in wenig empfindlichen Gebieten Vorteile für die landwirtschaftliche Produktion bewirken», wie es in der Raumplanungsverordnung steht. Oft könnten Agri-PV-Anlagen bisherige Schutzvorrichtungen wie Folientunnels ersetzen. Die sehr restriktive Formulierung der Raumplanungsverordnung lässt den Bau solcher Anlagen auf Acker- oder Grünflächen hingegen derzeit nicht zu.



**Freiflächen-PV-Anlagen in Felsberg (Bild links) und in Gondo (Bild rechts, erst projiziert)**

**Das grösste Solarpotenzial liegt auf bestehenden Gebäuden**

Auf den am besten geeigneten Dächern und Fassaden liessen sich jährlich rund 70 Terawattstunden (TWh) Solarstrom erzeugen, meist nahe am Ver-

brauch und ohne zusätzliche Leitungen. Seit 2019 wird denn auch massiv zugebaut – die jährlichen Wachstumsraten in der Schweiz betragen rund 40 Prozent. Doch schaffen wir es auf diesem Weg, innerhalb von 25 Jahren eine Jahresproduktion von rund 45 TWh Solarstrom zu erreichen? So wäre nötig, um die Dekarbonisierung und den AKW-Ersatz ohne zusätzlichen Import bewältigen zu können.

Um diese Produktion allein auf Dächern zu erreichen, müssten 95 Prozent aller bestehenden Gebäude mit einer Solaranlage ausgestattet werden. Deshalb scheint es sinnvoll, auch geeignete Solaranlagen ausserhalb von Gebäuden zu bauen. Im Vordergrund sollten dabei aus Sicht von Swissolar bereits erschlossene Flächen im Gebirge stehen.

Doch auch bei den Gebäuden braucht es mehr Schub. Wer aufmerksam durchs Land fährt, sieht leider immer noch zuhauf kürzlich neu erstellte oder sanierte Dächer ohne Solaranlagen, vom grossen ungenutzten Fassadenpotenzial (insgesamt 17 TWh/Jahr) ganz zu schweigen. Weil Freiwilligkeit nicht reicht, braucht es eine schweizweite Solarpflicht bei Gebäudesanierungen, wie sie der Kanton Basel-Stadt kürzlich beschloss. Der Nationalrat sollte diese Pflicht in der laufenden Revision des Energiegesetzes ebenfalls einführen.

# Was darf der Staat?

Die Klimakatastrophe ist da. Die Erkenntnis, dass unser industrialisierter und entwickelter Lebensstil nicht zukunftsfähig ist, ist seit Jahrzehnten bekannt. Es ist davon auszugehen, dass aufgeklärte Bürger:innen schon lange darüber informiert sind, dass tiefgreifende Veränderungen angebracht sind. Trotzdem kann man nicht erkennen, dass die Menschen ihr Verhalten grundlegend angepasst hätten. Die Transformation bleibt aus.



**Philipp Lепенies**  
Ökonom und Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

Ebenso wenig scheint «der Markt» in der Lage zu sein, Anreizmechanismen zu entwickeln, um den Transformationsprozess hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaftsweise und zu weniger Umweltzerstörung zu befördern.

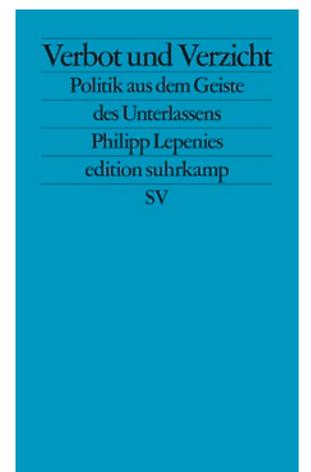
Wenn jedoch weder die Bürger:innen noch «der Markt» zur Transformation beitragen, bleibt als treibende Kraft, zumindest auf nationalstaatlicher Ebene, der Staat übrig. In Deutschland haben staatliche Eingriffe in private Konsumententscheidungen in den letzten zehn Jahren zu empörten Abwehrreaktionen geführt. Die rhetorische Keule, die dabei mit Vehemenz geschwungen wird, ist die einer drohenden «Ökodiktatur» oder einer «Verbots- und Verzichtspolitik», die man selbstverständlich radikal ablehnt. Ein gewichtiges Argument ist dabei die eroberte Feststellung, dass ein Eingriff in die individuelle Konsumententscheidung ein Angriff auf die persönliche Freiheit darstellt.

## Eine Politik aus dem Geiste des Unterlassens

Allerdings sind es nicht nur die Konsument:innen, die sich ihre Freiheit nicht nehmen lassen wollen. Genügend Politiker:innen lassen ihre potenziellen und tatsächlichen Wähler:innen wissen, dass es mit ihnen eine Verbots- und Verzichtspolitik nicht geben wird. Diese Haltung führt zu dem Phänomen einer «Politik im Geiste des Unterlassens»: Eine Vorstellung, die in einer inaktiven Politik, die das private Konsumverhalten nicht regulieren will, eine gute und tugendhafte Politik sieht. Dies steht allerdings einer Transformationspolitik im Wege. Denn zu glauben, dass eine solche neben vielen anderen Politikinstrumenten nicht auch (!) Verbote und Verzichtsregularien des privaten Konsums beinhalten muss, ist illusorisch. Vielmehr muss akzeptiert werden, dass der Staat in einer Demokratie die Aufgabe hat, das Verhalten seiner Bürger:innen im Sinne des Allgemeinwohls (das

auch zukünftige Generationen einschliessen muss) zu lenken und zu regulieren.

Anscheinend stehen wir nicht nur vor der Aufgabe der Transformation von Produktion und Konsum, sondern auch vor der Notwendigkeit, zunächst die Glaubensgrundsätze vieler Menschen aufzugeben: Die Idee, dass Freiheit bedeutet, hemmungs- und verantwortungslos zu konsumieren, sowie die irrwitzige Vorstellung, dass von demokratischen Regierungen ersonnene Einschränkungen des Konsums vor dem Hintergrund des Klimawandels direkt in eine Ökodiktatur führten. Die Veränderung dieser ideologischen Prägungen ist eine Herkulesaufgabe. Hoffen wir, dass es keine Sisyphusarbeit ist.



Im Suhrkamp Verlag von Philipp Lепенies zuletzt erschienen: *Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens.*

ISBN 978-3-518-12787-2

# Verzichten verboten?

SES-Abendveranstaltung vom 10. November 2022



Rund 100 Personen haben das Energiegespräch über Verzicht in unsicheren Zeiten besucht und die angeregte Diskussion mit dem Politikwissenschaftler Philipp Lepenies, der Klimaaktivistin Michelle Reichelt und dem Ökonomen Mathias Binswanger, moderiert von der Umweltnaturwissenschaftlerin und SES-Stiftungsrätin Michèle Bättig, verfolgt.



→ Mehr Bilder zur Veranstaltung

## Buchtipp

# Staunen mit Thomas Gröbly

## Variationen über Sterben, Nachhaltigkeit und friedfertiges Leben

«Für viele Menschen ist das Kleiner-Langsamere-Weniger kein Verzicht, sondern eine Befreiung. Mein Sterben regt mich an, Werden und Vergehen als gleichwertig zu akzeptieren und von der zerstörerischen Gier Abschied zu nehmen.»

Thomas Gröbly, Ethik-Dozent a.D. und langjähriges SES-Mitglied, nimmt im jüngsten Buch seine Krankheit und die Zukunft seines zweijährigen Enkels als Ausgangspunkt für Fragen zu Sterben und Nachhaltigkeit. Er kritisiert den Technologieglauben, der die Lösung aller Herausforderungen verspricht, und plädiert nach 70 Jahren Wachstum und allgegenwärtiger Verfügbarkeit von Energien und Gaben der Natur für kreative Selbstbegrenzung. Staunen, Dankbarkeit und Liebe gegenüber Mensch und Natur fördern das entsprechende Bewusstsein. Ein Plädoyer für eine friedfertige Zukunft.

Einen Augenblick staunen. Variationen über Sterben, Nachhaltigkeit und friedfertiges Leben. Edition Volles Haus (2022) ISBN 978-3-03881-009-4 CHF/EUR 28 → volleshaus.ch



# Uran – das Erz des Elends

Die Atomenergie richtet bereits grosse Umweltschäden an, noch bevor die erste Kilowattstunde in einem AKW produziert ist: nämlich beim Uranabbau. Die SES hat anlässlich eines Besuches von Anna Rondon in der Schweiz, der von Incomindios in die Wege geleitet worden war, mit der Navajo-Aktivistin aus dem Südwesten der USA, gesprochen. Ein Bericht aus erster Hand über die Folgen des Uranabbaus.



→ Im Gespräch mit Anna Rondon

# Das neue Erbrecht als Chance für das Gemeinwohl

Mit einem Vermächtnis an eine Non-Profit-Organisation machen Sie kommenden Generationen ein grosses Geschenk. In der Schweiz werden jährlich rund 95 Milliarden Franken vererbt, aber nur mit bescheidenen 3 Promille davon werden gemeinnützige Organisationen bedacht. Das könnte sich durch das neue Erbrecht ändern, das am 1. Januar 2023 in Kraft tritt.

### Die wesentlichen Neuerungen sind:

- Reduktion des Pflichtteils der Nachkommen auf ½ ihres gesetzlichen Erbteils
- Abschaffung des Pflichtteils für Eltern

Das bedeutet, dass die freie Quote, die jeder Erblasserin und jedem Erblasser zur Verfügung steht, grösser wird. Und damit steigt der Anteil, der potenziell einer gemeinnützigen Organisation wie der SES vermacht werden kann. Wenn Sie dazu Fragen haben, gibt Ihnen Katja Jent, Leiterin Finanzen & Fundraising, gerne Auskunft.



Katja Jent  
katja.jent@energiestiftung.ch oder 044 275 21 21.

Bilder: SES/Bernard van Dierendonck



# Queen, AKW – oder das Parlament übernimmt

Die Wichtigste Frage nach dem Tod der Queen am Familientisch: «War die Queen für oder gegen AKW?»

Meine Reaktion: «Wie kommst du auf diese Frage?» Die Antwort der Achtjährigen: «Entweder bin ich für sie oder gegen sie.»

Tja, ganz so einfach sehe das ja nicht mal ich als Präsidentin der Energie-Stiftung. Aber dann wurde mir bewusst, dass der wahre Hintergrund dieser Frage die Situation in der Ukraine ist. Unsere Kinder haben zuletzt nämlich immer wieder unsere Gespräche mitbekommen oder im Radio mitgehört, wie gefährlich die Situation rund um das durch die Russen besetzte AKW in Saporischschja ist. Und ja, nach der Besetzung von Tschernobyl zu Beginn des Ukraine-Kriegs zeigt uns auch dieser abscheuliche Zug der Russen im Angriffskrieg auf, wie fundamental der Entscheid für oder gegen AKW ist.

Die Schweizer Politik sieht das zum Glück ebenso und macht energiepolitisch vorwärts. Mit der vom Parlament beschlossenen Solaroffensive sollen nun auch alpine Solaranlagen möglich werden. Zudem hat der Ständerat bereits beschlossen, die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien zu erhöhen. Dazu kommt die einstimmige Annahme der Motion Reichmuth für mehr Suffizienz.

Kurz: Nach jahrelangem Zaudern macht die Politik auf einmal Nägel mit Köpfen. Und sie macht damit unmissverständlich klar, dass die Schweiz unabhängiger werden soll von Uran, Gas und Erdöl und damit auch von ausländischen Autokraten.

Übrigens war es die damals 30-jährige Queen, die 1956 im englischen Calder Hall das erste AKW des Westens einweihte. Das habe ich allerdings erst nach dem Essen am Familientisch herausgefunden.

Nadine Masshardt, SES-Stiftungsratspräsidentin und SP-Nationalrätin, berichtet in loser Folge aus dem Bundeshaus.



# Besser leben mit weniger Energie

**Suffizienz bedeutet, einzusehen, dass immer mehr nicht immer besser ist. Das leuchtet eigentlich fast allen ein. Trotzdem hat die Suffizienz in der Politik einen schweren Stand. Das hat mit Missverständnissen zu tun – und mit handfesten Interessen.**



**Marcel Hänggi**  
Historiker, Umweltjournalist und Buchautor

Am Beginn meiner Beschäftigung mit dem Klima – einer Beschäftigung, die mich Jahre später dazu brachte, die Gletscher-Initiative anzustossen – stand eine Beobachtung. Es war Sommer 2007 und der Weltklimarat IPCC präsentierte seinen vierten Sachstandsbericht, genauer: den Teilbericht, der davon handelt, was gegen die Klimaerhitzung zu tun sei.

In einem solchen Bericht muss es darum gehen, wie man weniger und bald gar keine Treibhausgase mehr austossen kann. Doch als ich die Zusammenfassung las, begegnete ich dem Wort «weniger» kaum. Ich zählte: Das Wort «weniger» fand ich 5-mal und «keine» 7-mal, das Wort «mehr» hingegen 29-mal.

Es scheint eine Hemmung zu geben, das Wort «weniger» auszusprechen.

#### **Konsistenz, Effizienz, Suffizienz**

Will man von einer Ressource weniger verbrauchen, kann man «konsistent» dasselbe tun mit anderen Ressourcen oder «effizient» dasselbe mit weniger Ressourcen. Oder man kann «suffizient» weniger tun.

Von Letzterem ist in der politischen Debatte am wenigsten die Rede. Dass der Bund zum Sparen aufruft, liegt an der besonderen Situation seit dem russischen Überfall auf die Ukraine, und seine Inserate übermitteln die Botschaft, dass Energiesparen etwas Unangenehmes sei, das nun halt sein müsse ... aber lieber hätte man es schon gewohnt warm. Wer will schon den Gürtel enger schnallen!

Darum lassen Politiker:innen lieber ihre Finger vom Thema Suffizienz. Als der Bund die Energieperspektiven 2050+ erarbeitete, auf denen auch die langfristige Klimastrategie des Bundesrats beruht, lautete die Vorgabe explizit, keine Suffizienzmassnahmen zu berücksichtigen.

#### **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen individueller Entscheide**

Stephanie Moser vom Centre for Development and Environment der Uni Bern und Annette Jenny von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften halten diese Zurückhaltung für unbegründet. In einem Gastbeitrag



Die Illustratorin Lina Müller hat für die SES das Thema Suffizienz veranschaulicht.

in den Tamedia-Zeitungen schrieben sie im Oktober: «Politikansätze, die Suffizienz stärken, sind besser akzeptiert, als ihr Ruf suggeriert.» Voraussetzung sei, dass Suffizienzstrategien als gerecht empfunden würden.

Ich rufe Stephanie Moser an, und sofort wird es ein wenig komplizierter. Effizienz und Konsistenz, sagt Moser, könne man umsetzen, ohne sein Verhalten gross ändern zu müssen. Suffizienz habe viel weiterreichende Implikationen. Denn Suffizienz heisse eben nicht einfach: ein Grad weniger heizen oder duschen statt baden.

Wie man heizt, ob man duscht oder Velo fährt, sind individuelle Entscheide. Aber jeder Entscheid, sagt Moser, werde unter bestimmten Rahmenbedingungen gefällt. Und diese Rahmenbedingungen könnten Suffizienz erleichtern oder erschweren. Die Politik müsse hier ansetzen und Suffizienzhindernisse abbauen.

**Gemeinsam nutzen, radeln, flicken**

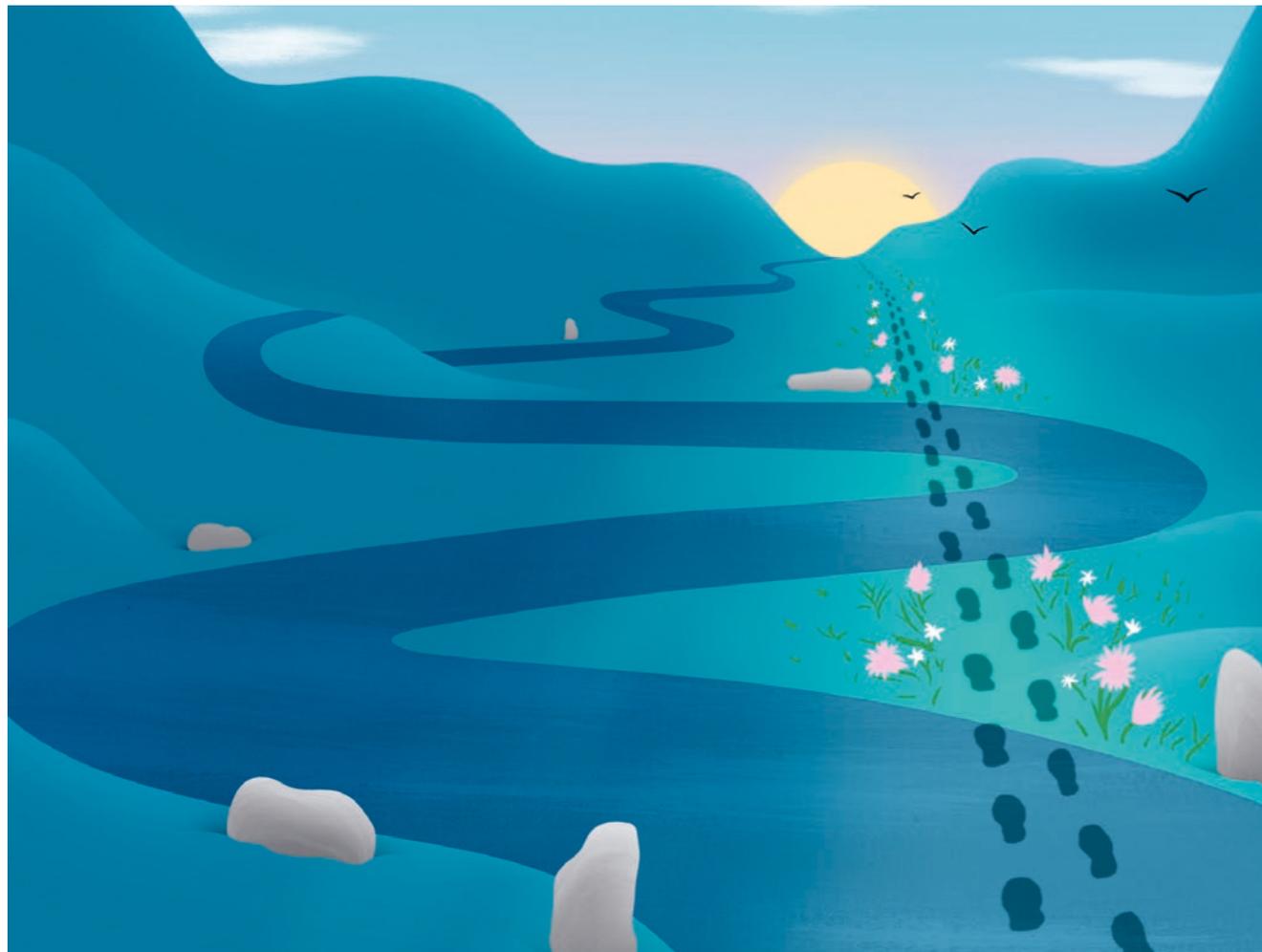
Wie das konkret geht, frage ich Rahel Gessler, Co-Leiterin Klimaschutz und Energie der Stadt Zürich. Zürich hat 2008 in einer Volksabstimmung mit drei Viertel der Stimmen beschlossen, den Energieverbrauch auf 2000 Watt pro

Kopf senken zu wollen – das ist mehr als eine Halbierung. Das geht nur mit Effizienz und Suffizienz.

Gessler nennt einige Ansätze: Die Stadt heizt eigene Gebäude nur noch auf 19 Grad, baut vermehrt mit Recyclingmaterialien oder setzt in Schulhäusern auf gemeinsam genutzte Räume. Auf Kosten von Parkplätzen schafft Zürich Platz für Bäume und den Veloverkehr. Recyclinghöfe setzen vermehrt auf das Prinzip «bringen und holen». In Repair Cafés kann man kaputte Geräte reparieren lassen und lernen, wie man selber repariert. Man versuche heute immer mehr, Initiativen aus der Bevölkerung zu unterstützen, statt eigene Projekte zu lancieren, sagt Gessler – beispielsweise, indem man Land für Genossenschaften der solidarischen Landwirtschaft zur Verfügung stellt.

**Suffizienz fördern, ohne sie zu benennen**

In einer Stadt sind die Wege kurz, die Infrastrukturen gut ausgebaut, die Bevölkerung progressiv – aber auf dem Land? Über Suffizienz im ländlichen Raum forscht Tonja Iten an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft. Für ihre Doktorarbeit hat sie Vertreter:innen von 46 Gemeinden



«Suffizienz ist auch an konservatives Denken anschlussfähig, der Begriff «Suffizienz» ist es kaum.»

Stephanie Moser  
Centre for Development and Environment, Uni Bern



interviewt. «Der Begriff «Suffizienz» hat einen schweren Stand», sagt sie, «man setzt ihn zu oft mit «Verzicht» gleich und will nichts davon wissen.» Lediglich eine der betrachteten Gemeinden, Gipf-Oberfrick im Aargau, propagiere den Begriff.

Aber Iten hat festgestellt, dass es zahlreiche Projekte gebe, die zu «nicht-intendierter Suffizienz» führen. Man will nicht Ressourcen sparen, sondern die Lebensqualität verbessern oder die lokale Wirtschaft stärken, und schafft deshalb Begegnungszonen, Ruftaxis oder unterstützt den Dorfladen, damit die Leute für den Einkauf nicht in die nächste Stadt fahren müssen. Von der dominierenden Parteifarbe in der jeweiligen Gemeinde seien solche Projekte unabhängig. Ähnliches stellt Stephanie Moser fest, wenn sie im Rahmen eines Projekts für CO2-neutralen Tourismus im Berner Oberland mit Vertreter:innen der Region spricht: Suffizienz ist auch an konservatives Denken anschlussfähig, der Begriff «Suffizienz» ist es kaum.



**Vermehrt wieder mal die Nachbarn zum Essen einladen spart Energie und macht Freude.**



**Kurze Wege zu Fuss gehen führt oft schneller zum Ziel.**

**Das gute Leben**

Suffizienz hat einen schlechten Ruf, weil sie nach Verzicht tönt und nach weniger Lebensqualität – aber wenn man die Lebensqualität erhöhen will, fördert man oft, ohne sich dessen bewusst zu sein, Suffizienz.

Julia Steinberger überrascht das nicht. Die Professorin für ökologische Ökonomik an der Uni Lausanne und Autorin des jüngsten IPCC-Berichts ist die wohl prominenteste Suffizienz-Forscherin der Schweiz. Konsumentenscheide, sagt Steinberger, seien oft nicht Ausdruck einer freien Wahl, sondern von Zwängen: Infrastrukturen zwingen zu einem bestimmten Verhalten, Produkte werden absichtlich so produziert, dass sie schnell kaputtgehen und kaum repariert werden können, die Werbung schafft Bedürfnisse, die es ohne sie nicht gäbe. Umgekehrt würden ein guter Service public, Gleichheit der Einkommen und Demokratie suffizientes Leben erleichtern. Auch Zugang zu Elektrizität ist entscheidend: Suffizienz bedeutet schliesslich, genug und nicht zu wenig zu haben.

Steinberger forscht zur Frage, wie ein «gutes Leben» (der Fachbegriff lautet «decent living») für alle möglich sei. Die Ergebnisse ihrer Forschung sind erfreulich: Eine Studie, die über 300 Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs untersuchte, ergab, dass 79 Prozent der Massnahmen das Wohlergehen erhöhten und sich nur 3 Prozent negativ auswirkten. Laut einer anderen Studie, deren Ko-Autorin Steinberger war, liesse sich bis 2050 allen Menschen weltweit ein gutes Leben ermöglichen mit dem Energieverbrauch der 1960er-Jahre, obwohl 2050 dreimal so viele Menschen leben werden wie damals. Das ist schon sehr bemerkenswert: Die Menschheit scheitert gerade daran, ihre Lebensgrundlagen zu erhalten und einen Klimazusammenbruch abzuwenden – dabei ginge es uns besser, wenn wir klimaverträglich handelten.

Aber nicht alle hätten Freude. Der schlechte Ruf der Suffizienz ist für Steinberger Resultat einer gezielten Diskreditierung seitens derer, die von unserer Insuffizienz sehr gut leben. Nach der Ölpreiskrise 1972 habe es erfolgreiche politische Programme zur Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Suffizienz gegeben. Darauf habe die Lobby der fossilen Industrien reagiert und viel Geld in Desinformationskampagnen gesteckt – Steinberger verweist auf die Recherchen der amerikanischen Journalistin Amy Westervelt. Ausserdem gebe es Denkbarrieren: In der Mainstream-Ökonomie dominiere eine Ideologie, derzufolge immer mehr immer besser sei.

**Langsam bewegt sich etwas**

Aber natürlich ist immer mehr nicht immer besser, und das leuchtet den allermeisten Men-



schen auch ohne weiteres ein. Weniger Stress, weniger Lärm, weniger Gestank – nichts davon würde man als Verzicht empfinden. Weniger Autos wünschen sich sogar die Autofahrenden, die die Strasse am liebsten für sich allein hätten. In «Suffizienz» steckt das lateinische Verb «sufficere» – genügen –, und es gibt wohl keine Moralphilosophie und keine Religion, die nicht eine Ethik des Genügens, des richtigen Masses kennt: eine Ethik der Suffizienz!

Suffizienzprogramme gibt es bislang fast nur in den Städten, aber auch die Kantone beginnen, sich dafür zu interessieren. Der Kanton Waadt hat soeben eine Fachstelle Suffizienz eingerichtet. Und auf nationaler Ebene hat der Ständerat im März eine Motion überwiesen, die den Bundesrat beauftragt, Energiesparmassnahmen zu prüfen, die auf Verhaltensänderung abzielen.

So könnte sich der politische Diskurs vielleicht langsam dem Punkt annähern, an dem sich die Wissenschaften längst befinden. Als ich Julia Steinberger besuche, spreche ich auf dem Lausanner Campus mit zahlreichen Umweltforscher:innen. Hier herrscht ein breiter Konsens, dass es weitreichender gesellschaftlicher Transformationen bedarf, um die Klimakrise zu begrenzen, und dass die Suffizienz dazugehört. Auch das IPCC kommt in seinem jüngsten Bericht zu diesem Schluss.

#### Niemand will Heizöl verbrennen

Am Anfang meiner Auseinandersetzung mit der Klimakrise stand der Gedanke, dass wir

weniger brauchen. Dieser Gedanke ist auch Kern der Gletscher-Initiative, die ich mitlancierte und deren Text ich verfasst habe, und er steht im Zentrum des Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative: des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit, über das wir voraussichtlich im Juni 2023 abstimmen: Es gibt vor, wie wir uns von der Abhängigkeit von den fossilen Energien befreien.

Inwieweit das durch Effizienz, Konsistenz oder Suffizienz zu geschehen hat, lässt das Gesetz weitgehend offen. Es ist auch nicht so relevant. Denn letztlich ist auch die Suffizienz eine Form von Effizienz. Julia Steinberger sagt es so: Niemand wolle Heizöl oder Benzin verbrennen oder Strom verbrauchen, sondern man wolle eine warme Stube, man wolle zum Arbeitsplatz oder zum Ort seiner Freizeit gelangen und seine elektrischen Geräte betreiben können. Die richtigen Rahmenbedingungen ermöglichen viel Mobilität mit wenig Verkehr und viel Dienstleistung mit wenig Energie.

Suffizienz ist nichts anderes als Effizienz, systemisch gedacht.

PS: Der jüngste Sachstandsbericht des IPCC ist schon der sechste. Der Teilbericht zur Frage, was gegen die Klimakrise zu tun sei, ist im April erschienen. In seiner Zusammenfassung kommt das Wort «weniger» 25-mal, «keine» 36-mal, «mehr» 48-mal – und neu «Suffizienz» immerhin 3-mal vor.



**Wir leben auf zu grossem Fuss. Suffizienz heisst, genug zu haben; nicht zu viel und auch nicht zu wenig.**



**Wer suffizient lebt, hat oft mehr Zeit und weniger Stress. Zeit, die wir zum Staunen nutzen können.**



# High Noon in der Wandelhalle

Der zurückliegende Herbst war voller Energiepolitik. Und die SES war mit ihren Anliegen und ihrem Engagement mittendrin.



**Nils Epprecht**  
Geschäftsleiter

In der Herbstsession fällt der Ständerat als Erstrat im sogenannten «Mantelerlass» wichtige Vorentscheide zur Energieversorgung ab 2025. Beim Ausbau der Erneuerbaren setzte er ein ambitioniertes Ziel von 35 Terawattstunden bis 2035. Das führt nahe ans Ziel, den Energieverbrauch für Gebäude und Mobilität durch deren Elektrifizierung zu dekarbonisieren, und entspricht einer Forderung, die die SES im Frühling zusammen mit der Umweltallianz platziert hat. Darüber hinaus legte der Ständerat den Boden für attraktivere Verhältnisse für kleine, infrastrukturegebundene Solaranlagen und Energiegemeinschaften.

Umgekehrt konnte die SES mitverhindern, dass die Restwassermengen unter ein für Wasserlebewesen existenzielles Mass gesenkt wurden. Erfolglos waren wir aber beim Schutz besonders wertvoller Gebiete für die Biodiversität. Obwohl die Potenziale und die Akzeptanz der Bevölkerung minimal sind, dürften gemäss Ständerat künftig im Maderanertal oder in der Greina Wasserkraftwerke gebaut werden. Ein unverständlicher Entscheidung, der wenig mit Versorgungssicherheit zu tun hat. Er trägt in erster Linie den finanziellen Interessen der Gebirgskantone Rechnung.

## Parlament legt Solar-Sprint hin

Beide Räte verabschiedeten ein dringliches Gesetz, das eine Solarpflicht auf neuen Gebäuden, alpine

Solaranlagen in der freien Fläche per Schnellverfahren sowie die Erhöhung der Grimselstaumauer ermöglicht. Das Gesetz wurde sowohl von Verfassungsrechtler:innen wie auch von Natur- und Landschaftsschützer:innen scharf kritisiert. Die SES erkannte jedoch die Chance, bei den Erneuerbaren endlich ein Tempo hinzulegen, das die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels nicht völlig illusorisch erscheinen lässt. So unterstützten wir Vorschläge, die die anfänglichen Widersprüche mit dem Planungs- und Umweltrecht zu heilen versuchten.

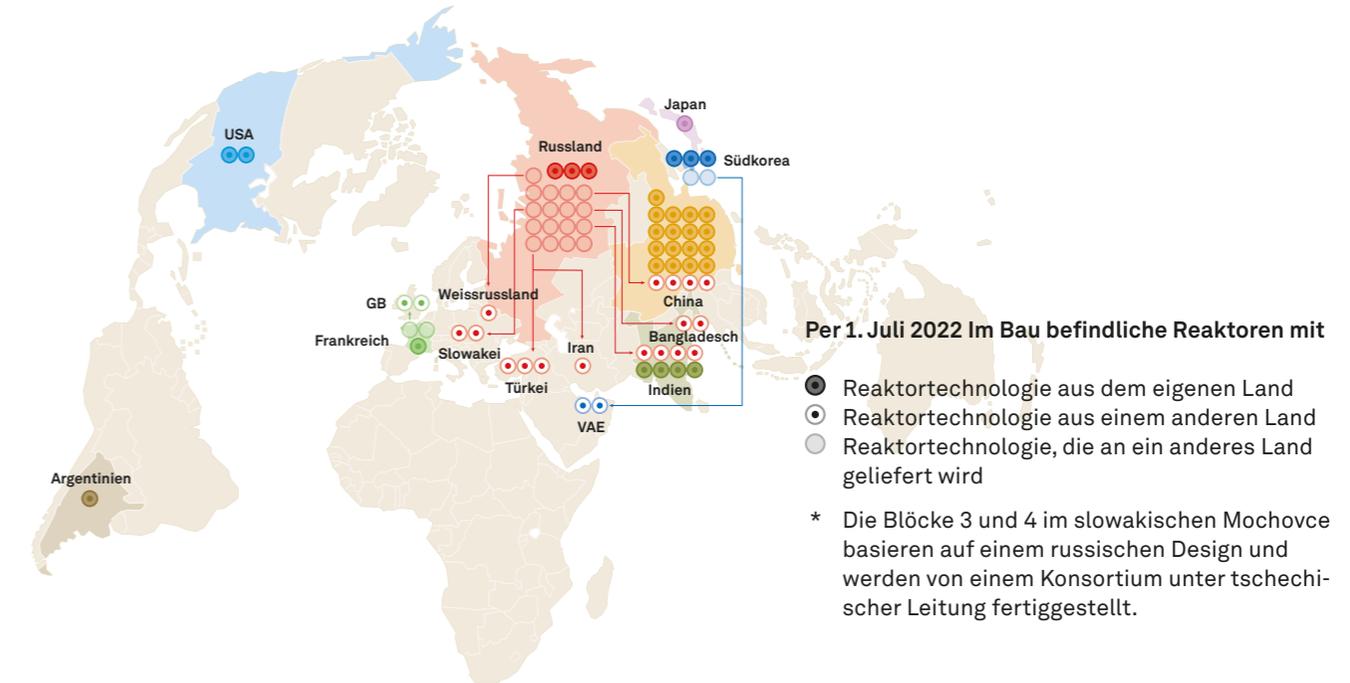
## Fossiles Back-up entgegen den Klimazielen

Fast unbemerkt blieb, dass der Bundesrat per Notrecht rund eine Milliarde Franken in den Ausbau fossiler Produktionsanlagen investierte. Für uns der viel schwererwiegende Sündenfall. Auch wenn diese Anlagen vor allem als Back-up zum Einsatz kommen und kurzfristig die Versorgung sichern helfen sollen, sind die Investitionen unverhältnismässig hoch und schaffen gefährliche neue fossile Pfadabhängigkeiten. Paradox, da doch die aktuelle Energiekrise vor allem eine fossile Krise ist. Die SES wird sich weiterhin politisch gegen neue fossile Infrastruktur wehren.

Die energiepolitische Bilanz des Herbsts ist damit zwiespältig und kulminiert ganz zum Schluss gar in der Frage: Zieht die Erdöllobby in das Energiedepartement?

# Die Bedeutung der Atomkraft nimmt ab

Der neuste World Nuclear Industry Status Report (WNISR) zeigt: Der Atomanteil am globalen Strommix sinkt. Heute bauen fast nur noch Atomwaffenstaaten Atomkraftwerke.



**Fabian Lüscher**  
Leiter Fachbereich Atomenergie

Die französische AKW-Flotte streikt und stürzt Europa in eine Stromkrise, das AKW Saporischschja wird zum Kriegsschauplatz und in der Schweiz beschwören die Gegner:innen der Energiewende abermals ein Atom-Revival. Zeit für einen Blick auf die weltweite Entwicklung: Verpasst die Schweiz gerade einen Atomtrend?

## Kleinsten AKW-Anteil am globalen Strommix seit 40 Jahren

Im vergangenen Jahr wurden weltweit 9,8% des Stroms mit Atomkraft erzeugt. Das ist der tiefste Wert seit vier Jahrzehnten. Die relative Bedeutung der Atomenergie nimmt also ab, auch wenn die absolute Atomstrommenge 2021 mit 2'653 TWh fast einen Höchstwert erreicht hat. Mit dem Tempo der Elektrifizierung und dem Zubau der Erneuerbaren kann die Atomindustrie nicht mehr mithalten.

Wind und Sonne haben 2021 mehr Strom produziert als Atomkraftwerke. Investitionen in AKW rechnen sich schlicht nicht mehr. Dennoch befinden sich noch immer gut 50 Reaktoren im Bau. 87% davon werden von Atomwaffenstaaten hergestellt. Die Atomindustrie konzentriert sich heute im Wesentlichen in zwei Staaten: China baut im Inland, Russland baut im Ausland. Ein globaler Atom-Boom scheint indes in weiter Ferne.

## Und in der Schweiz?

Die Schweizer Energieversorger werden nicht müde zu betonen, dass sie Investitionen in neue AKW ausschliessen. Damit liegen sie im Trend: In Wind und Sonne wurde im vergangenen Jahr weltweit rund zehnmal mehr investiert als in die Atomenergie.

Nein. Mit dem Verzicht auf neue AKW verpasst die Schweiz nichts. Ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Kapazitäten leistet einen Beitrag dazu, die teure, risikobehaftete und eng mit militärischen Programmen verbandelte Atomindustrie weiter zu marginalisieren.

## Studie

## World Nuclear Industry Status Report 2022

Alljährlich analysiert ein Team um Mycle Schneider, Gründungsmitglied und ehemaliger Direktor von WISE-Paris, den Stand der globalen Atomindustrie. Die SES finanziert den Bericht mit.



→ **Zur Studie**  
[www.worldnuclearreport.org](http://www.worldnuclearreport.org)

Jetzt mitmachen!

## Jodtabletten- Umfrage

Schweizer AKW gehören zu den ältesten der Welt und bergen ein entsprechend grosses Sicherheitsrisiko. Deshalb hat der Bund zuletzt im Jahr 2014 Jodtabletten an die Bevölkerung der Risikozone verteilt.

Wir möchten mit einer Umfrage herausfinden, wie gut die Menschen auf den Ernstfall vorbereitet sind. Bitte nehmen Sie sich kurz Zeit und beantworten Sie unsere sechs Fragen zu den Jodtabletten. Vielen Dank!



**Machen Sie jetzt  
mit bei unserer  
Umfrage!**



→ [www.jodtabletten-umfrage.ch](http://www.jodtabletten-umfrage.ch)